

IOS-INFORMATIONEN | Nr. 2/2014

FORSCHUNG • VERANSTALTUNGEN • PUBLIKATIONEN

Die Russlandkrise

Seit der letzten Ausgabe des IOS Newsletters vom März 2014 hat sich die Lage im östlichen Europa mit der Annexion der Krim durch Russland dramatisch verändert. Aufgrund der Bedeutung Russlands im gesamteuropäischen und geopolitischen Kontext hat diese Entwicklung jedoch auch weit über Osteuropa hinausreichende Konsequenzen. Der aus unserer Sicht entscheidende Aspekt der aktuellen Ereignisse in der Ukraine ist weniger der Wandel in dem Land selbst, als vielmehr die Gefährdung der weltweiten politischen Ordnung auf der Basis des existierenden Völkerrechts. Diese Gefährdung ergibt sich dabei nicht primär aus den konkreten Ergebnissen, sondern aus der Wahl der für deren Erreichung benutzten Mittel. Genau in diesem Punkt sind der Regierung Russlands eindeutige Grenzverletzungen anzulasten, die weder durch rechtliche Winkelzüge wegzudiskutieren noch durch schwammige Verweise auf „die Geschichte“ zu bemänteln sind, wie dies auch in der hierzulande geführten Debatte bisweilen geschieht.

Die Annexion der Krim – und ihre Vorgeschichte

Ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der aktuellen Vorgänge ist die aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend verschwundene militärische Intervention Russlands in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien im Sommer 2008, die schon damals durch die zeitgleich stattfindenden Olympischen Spiele in Peking etwas in den medialen Hintergrund gedrängt wurde. Wie 2014 auf der Krim schickte Russland auch 2008 seine Armee nach Georgien; die unmittelbare Folge waren Unabhängigkeitserklärungen von Abchasien und Südossetien, deren internationale Anerkennung sich bis heute auf Russland, Nicaragua, Venezuela und den südpazifischen Zwergstaat Nauru beschränkt. Schon damals warnten Experten – auch aus den Vorgängerinstituten des IOS – vor einer Wiederholung des Szenarios und benannten explizit die Krim sowie Transnistrien als „gefährdete“ Gebiete. Immerhin kam es nicht zur Aufnahme Abchasiens und Südossetiens, so überhaupt intendiert, in die Russländische Föderation; auf einer formalen Ebene stellt sich das Problem für die internationale Gemeinschaft als ungelöster innergeorgischer Territorialkonflikt dar.

Mit der Aufnahme der Krim in die Russländische Föderation ist der Kreml nun einen wesentlichen Schritt weiter gegangen als im Jahr 2008. Die Intervention Russlands auf der Krim war sowohl der Absicht als auch dem Ergebnis nach auf eine Verschiebung der eigenen Grenzen gerichtet. Damit verstößt Russland in eklatanter Weise gegen einen der zentralen Grundsätze des Völkerrechts, den Schutz der territorialen Integrität. In Artikel 2, Abs. 4 der UN-Charta ist niedergelegt: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ Die immer wieder aufflammende Debatte um die mögliche Vereinbarkeit des russischen Handelns mit dem Völkerrecht mutet angesichts der Fakten und der eindeutigen Rechtslage geradezu absurd

Editorial

Inhalt

Editorial	1
Aus den Arbeitsbereichen	5
Aus den Publikationen	6
Gäste am IOS	7
Publikationen der Mitarbeiter	8
Veranstaltungen (Rückschau)	9
Ankündigungen	11
Personen	11



Artikel 2 Abs. 4 der UN-Charta

an. Das Einschleusen russischer Militärs – auch wenn diese „grünen Männchen“ ohne Hoheitsabzeichen agierten – war eindeutig gegen Buchstabe und Geist dieses völkerrechtlichen Grundsatzes gerichtet. Die Hilfskonstruktion, dass Russland nicht einen Teil der Ukraine, sondern eine kurz zuvor sich als unabhängig erklärte Region auf deren eigenen Wunsch hin aufgenommen hat, verfängt schon deshalb nicht, weil die russische Regierung evident und aktiv auf dieses Ergebnis hingewirkt hat; das sog. „Referendum“ auf der Krim war eine Farce.

Auch der Hinweis auf den vermeintlichen Präzedenzfall der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo ist aus wenigstens drei Gründen irreführend: Erstens kann ein begangenes Unrecht nicht mit Verweis auf ein anderes Unrecht geheilt werden. Zweitens hat die internationale Staatengemeinschaft im Kosovo auf eklatante Menschenrechtsverletzungen reagiert, die es auf der Krim gegen die russischsprachige Bevölkerung nicht gab (vielmehr hat sich seither die Menschenrechtssituation wesentlich verschlechtert). Drittens gingen der Unabhängigkeit des Kosovo fast zehn Jahre internationale Bemühungen voraus, die diese eben nicht zum Ziel hatten. Ebenso wenig plausibel ist der Verweis auf die Geschichte. „Historische Begründungszusammenhänge“ ersetzen nicht das Völkerrecht und unterliegen zudem der arbiträren Auslegung je nach aktuellen Interessenlagen. Auch der von Vladimir Putin bemühte Hinweis darauf, dass Chruschtschow die Krim 1954 in einer „Wodkalaune“ an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik angegliedert hätte, verfängt aus mindestens zwei Gründen nicht. Erstens bewogen Chruschtschow damals deutlich komplexere Gründe (u.a. ökonomische, immerhin bestand und besteht zwischen der Krim und der Russländischen Föderation keine Landverbindung). Und zweitens hat die Regierung Russlands in dem im Rahmen der KSZE 1994 unterzeichneten Budapester Memorandum die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine anerkannt. Auch die Missachtung dieser Vereinbarung durch den Kreml liegt auf der Hand.

Im Osten nichts Neues?

Wenngleich etwas weniger offensichtlich als auf der Krim unterstützt die russische Regierung auch die separatistischen Kräfte im Osten der Ukraine. Es ist richtig, dass eine – jedoch nicht mehrheitsfähige – prorussische separatistische Bewegung auch ohne diese Unterstützung existieren würde; es ist aber auch richtig, dass die aus Russland stammenden Kämpfer und Waffen ohne das Wissen und die Billigung des Kreml nicht in die Ukraine gelangen konnten. Schwere Waffen, mit denen Flugzeuge abgeschossen werden können, lassen sich auch in Russland und in der Ukraine nicht so ohne weiteres besorgen. Aktuell mehren sich die Indizien für den Versuch Moskaus, Kontrolle über die Separatisten in den Gebieten Donezk und Luhansk zu gewinnen. Erfahrene und bestens ausgerüstete Kämpfer aus dem Nordkaukasus sowie Extremisten aus Russland ergänzen nicht bloß die lokalen Kräfte, sondern bemühen sich, diese zu marginalisieren und selbst das Kommando zu übernehmen. Dies deutet auf eine vom Kreml festgelegte Strategie hin. Als der am 25. Mai überraschend eindeutig gewählte neue ukrainische Präsident Petro Porošenko unmittelbar nach seinem Wahlsieg eine härtere Gangart gegenüber den Separatisten im Osten anschlug, machte die russische Regierung umgehend „den Westen“ sowie die ukrainische Armee für die neuerliche Eskalation verantwortlich. Die Destabilisierungsversuche durch Russland kamen nach der ukrainischen Präsidentschaftswahl also nicht zu einem Ende. Immerhin scheint Russland zum Gespräch mit Porošenko bereit, auch wenn bisher eine offizielle Anerkennung seiner Wahl vermieden wurde.

Und im Westen?

Die Reaktionen des westlichen Europas auf die asymmetrische Kriegsführung Russlands zeichnen sich bisher durch Zurückhaltung aus. Obwohl der Europäische Rat im März beschlossen hat, bei über die Krim hinausgehenden Angriffen des Kremls auf die territoriale Integrität der Ukraine weiterreichende Wirtschaftssanktionen (sog. „3. Stufe“ des Sanktionsmechanismus) in Gang zu setzen, ist es trotz des offensichtlichen Vorliegens dieses Sachverhalts nicht dazu

gekommen. Im Kreml muss sich wie nach dem Angriff Russlands auf Georgien im Jahr 2008 die Erkenntnis breit machen, dass die EU-Staaten (kurzfristige) Wirtschaftsinteressen stärker gewichten als eine starke Antwort auf russländisches Expansionsstreben. Eine koordinierte und effektive Gegenposition konnte der Westen jedenfalls bislang nicht aufbauen. Umgekehrt zögert Russland nie, auch handelspolitische Maßnahmen gegen unbotmäßige Nachbarstaaten ins Feld zu führen. Dies trifft nicht nur für den viel diskutierten politischen Einsatz von Gaslieferungen bzw. die politische Festsetzung von Gaspreisen zu, sondern umfasst eine Vielzahl von Maßnahmen, die von Importverboten des angeblich der russischen Gesundheit wenig zuträglichen georgischen Weins bis zu selektiven Zuwanderungsbeschränkungen reichen.

Am 25. Mai, an dem sowohl der ukrainische Präsident als auch das Europaparlament neu gewählt wurden, kam es noch schlimmer: In Frankreich und Großbritannien siegten bei den EU-Wahlen Parteien, die Putins Vorgehen in der Ukraine offen unterstützen. Die reaktionären Integrationsideen im Osten vertragen sich offenbar gut mit reaktionären Desintegrationsideen im Westen des Kontinents. Der ungute gemeinsame Nenner dieser Bewegungen ist ein offen zur Schau getragener Nationalismus sowie die Infragestellung der westlichen Werteordnung. Während also im Osten Europas mit völkerrechtswidrigen Mitteln eine Konzentration der Kräfte auf das Moskauer Zentrum stattfindet, werden im Westen die ohnehin bescheidenen Mittel zur Findung einer gemeinsamen Sprache aus der Hand gegeben. Vladimir Putin hätte sich schwerlich ein schöneres Wahlergebnis in der EU wünschen können.

Was treibt Putin?

Die Dramatik der aktuellen Situation ist nicht nur dem Blutvergießen und den Machtverschiebungen in der Ukraine geschuldet. Die russische Führung versucht vielmehr, ihren Einfluss auch in anderen Regionen der ehemaligen Sowjetunion wieder zu erhöhen. Diese Versuche werden begleitet von massiver großrussischer sowie antiwestlicher Propaganda. So haben sich die Aktivitäten des Kremls in den von Moldova bzw. Georgien abtrünnigen Gebieten (Transnistrien, Abchasien, Südossetien) merklich intensiviert – kaum zufällig zu einem Zeitpunkt, als einerseits die Regierungen Moldovas und Georgiens davor stehen, Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, andererseits die Gründung der aus Russland, Kasachstan und Belarus bestehenden Eurasischen Union feierlich vollzogen worden ist. Auch wenn die tiefere handelspolitische Integration in dieser Region prinzipiell berechtigt und sinnvoll ist, kann an dem vornehmlich (geo-)politischen Charakter des Bündnisses dieser autokratisch geführten Länder kein Zweifel bestehen.

Ein Verständnis der Gründe, welche die russische Regierung zu ihrem Handeln bewegen, ist zentral für die Formulierung der richtigen Antwort darauf. Leonid Polishchuk von der Higher School of Economics (Moskau) hat in einem Vortrag am IOS am 21. Mai 2014 die Ereignisse in der Ukraine im Wesentlichen als nach Außen gewendete russische Innenpolitik interpretiert. Es sei weder Präsident Putin noch zuvor Medwedew gelungen, die Anfang des letzten Jahrzehnts – ebenfalls unter Putins Ägide – dem Ölpreisanstieg zu verdankende Dynamik der russischen Wirtschaft zu verstetigen. Die Regierung sah sich daher gezwungen, ihre Popularität auf andere Weise zu steigern – und spielte die nationalistische Karte. In der Tat erfreut sich die Annexion der Krim in der breiten Bevölkerung großer Popularität; die vom Moskauer Levada-Institut laufend ermittelten Zustimmungswerte für Präsident Putin und Ministerpräsident Medwedew befinden sich seither auf Rekordhöhe.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass es sowohl auf der Krim als auch im Osten der Ukraine und anderswo lokale Bevölkerungen gibt, die sich zu Russland hingezogen fühlen: Nostalgie für die Sowjetunion, sprachliche Affinität zum Russischen, aber auch handfeste ökonomische Kalküle sind die Basis solcher Einstellungen. Ein Beispiel: Wie Mihail Formuzal, der Gouverneur (Baschkan) der



Mihail Formuzal mit Prof. Klaus Buchenau



Das Stadtzentrum von Comrat

autonomen Region Gagausien in Moldova bei einem Treffen mit einer Exkursionsgruppe der Universität Regensburg am 29. Mai 2014 in Comrat ausgeführt hat, kaufe Russland das, was seine Bevölkerung produziere (Wein und Obst), und lasse gagausische Migranten zur Arbeit in Russland einreisen – Europa zeige sich hier viel zurückhaltender. Daraus erkläre sich das überwältigende Votum der Gagausen (98 %) für den Beitritt zur russisch dominierten Zollunion bei einem Referendum am 2. Februar 2014. Was Formuzal nicht erwähnte, ist die Tatsache, dass der Boden für diese Zustimmung im September 2013 durch Russland selbst erst geschaffen wurde, indem sowohl die Weinimporte aus Moldova als auch die Einreise moldavischer Gastarbeiter nach Russland beschränkt wurden, was die Möglichkeit einer „großzügigen“ Ausnahme für die prorussischen Gagausier und ihren Wein erst schuf.

Was kann die Politik tun?

Die nach der Zeitenwende 1990 im Wesentlichen erfolgreiche Integration zwischen Ost und West hat mit den Ereignissen auf der Krim einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Die Gegner einer offenen Gesellschaft im Sinne Karl Raimund Poppers in Ost wie in West haben an Popularität und Einfluss gewonnen. Ziel einer Politik, die demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit und die Freiheitsrechte des Einzelnen in den Vordergrund stellt, muss es sein, die Menschen in Regionen wie der (Ost-)Ukraine und Moldovas von der Attraktivität des Modells Europa zu überzeugen. Die vor fast genau zehn Jahren vollzogene Osterweiterung der EU hat gezeigt, dass dies gelingen kann. Es braucht also eine ausgestreckte Hand der EU, z. B. im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und durch Assoziierungsabkommen. Diese sollten auch für die breite Bevölkerung einen möglichst rasch spürbaren Effekt haben, z. B. durch Reise- und Migrationserleichterungen. Flächendeckende Sanktionen des Westens haben daher zumindest das Potential, das Problem eher zu verschlimmern als zu verbessern. Dies macht die bisherige Zurückhaltung bei dem Einsatz dieses Instruments verständlich. Andererseits gibt es durchaus Möglichkeiten „intelligenter“ Sanktionen, die gezielt bei den Profiteuren der autokratischen Verhältnisse in Russland ansetzen. Dazu hätte übrigens auch gehört, dass es keine Pressebilder einer privaten Feier eines ehemaligen Bundeskanzlers mit dem russischen Staatspräsidenten gibt.

Ein zentraler Punkt für den Umgang des Westens mit Russland, aber auch mit den Regionen, in denen Russland seinen Einfluss zu verstärken versucht, muss die Klarstellung sein, dass eine Vertiefung der Beziehungen zum Westen in keinerlei Widerspruch steht zu engen Beziehungen mit Russland. Das wurde von manchen Akteuren auch in der EU vor allem bei den Verhandlungen zu dem EU-Ukraine-Abkommen nicht wirklich verstanden. Dass die Weigerung der Regierung Janukowitsch, dieses Abkommen zu unterzeichnen, zu den Protesten auf dem Maidan und schließlich zu dessen Flucht aus der Ukraine geführt hat, sollte die EU darin bestärken, den europäischen Exportschlager einer freiheitlichen, offenen, rechtsstaatlichen Gesellschaft auch weiterhin mit Überzeugung zu vermarkten. Und diese Offenheit kann in alle Himmelsrichtungen wirksam werden. Von ihr würde letztlich auch Russland profitieren.

Und schließlich sollte – angesichts der bisweilen weit von den Fakten entfernten politischen Diskussionen – die Politik im Westen dafür sorgen, dass die Expertise über die Region nicht wie in der Vergangenheit eher abgebaut, sondern gezielt aufgebaut wird. Nur wer versteht, warum geschieht was geschieht, kann Einfluss auf das Ergebnis nehmen.

Ulf Brunnbauer, Jürgen Jerger

(5. Juni 2014)



Ausgewählte laufende Projekte der Arbeitsbereiche

Arbeitsbereich Bibliothek und elektronische Forschungsinfrastruktur

IOS-Schriftenreihen im Open Access

Im Rahmen des DFG-Projekts OstDok sind knapp 150 Titel der Schriftenreihen des IOS und seiner Vorgängerinstitute digitalisiert worden, die nun ohne Zugangsbeschränkung online verfügbar sind. Dabei handelt es sich zum größten Teil um urheberrechtlich geschützte Publikationen des 20. und 21. Jahrhunderts. Nach der oftmals aufwändigen Klärung rechtlicher Fragen zur Nutzung und Vervielfältigung sind nun die Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München (39 Titel der Erscheinungsjahre 1961 bis 1991) sowie die Schriften zur Geistesgeschichte des östlichen Europa (16 Titel der Erscheinungsjahre 1967 bis 1995), die Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas (alle 37 Titel der Erscheinungsjahre 1957 bis 2002) und die Südosteuropäischen Arbeiten (51 Titel der Erscheinungsjahre 1934 bis 2007) im Open Access zugänglich. Damit erfahren zentrale und nachgefragte Werke der Forschung zum östlichen und südöstlichen Europa nicht nur eine Reaktualisierung, auch die Forschungsleistung der IOS-Vorgänger Osteuropa-Institut und Südost-Institut wird wirksam dokumentiert. Ein besonderer Mehrwert für die Forschung besteht in der Bereitstellung vergriffener Werke, die nicht mehr über den Buchhandel erworben werden können. Zugriff auf die entsprechenden Titel erhält man über die Homepage des IOS, den Regensburger Katalog (Instituts-OPAC) oder das Gateway Bayern (Online Katalog des Bibliotheksverbunds Bayern), in denen ein Link vom Treffer zum Volltext führt. Im Laufe des weiteren Projektverlaufs werden diese Open Access-Titel durch die digitale Aufbereitung von Grundlagenwerken, wie beispielsweise der Südosteuropa-Bibliographie oder des Biographischen Lexikons zur Geschichte Südosteuropas, ergänzt. Wenn schließlich mit 57 Jahrgängen der Südost-Forschungen und 48 Jahrgängen von Südosteuropa zwei weitere international rezipierte Zeitschriften des IOS – bereits jetzt stehen die Jahrbücher für Geschichte Osteuropas im Open Access – frei abgerufen werden können, steht zu erwarten, dass die Aktivitäten am IOS einen spürbaren Zugewinn an Aufmerksamkeit erfahren werden.

Arbeitsbereich Geschichte

Dissertationsprojekt: Das Bild des Krieges im Moskauer Zartum unter Ivan IV. (1547–1584)

Die Motive und Triebkräfte der Moskauer Führung in ihrer Politik gegenüber den Nachbarn und den inneren Gegnern in der 2. Hälfte des 16. Jhs. deutlich zu machen, ist das zentrale Ziel des von Martin Schulze Wessel an der LMU München betreuten Dissertationsprojektes. Vor dem Hintergrund des Epochenwechsels steht die Frage nach einem möglichen Wandel des Moskauer Kriegsbildes im 16. Jh. im Mittelpunkt des Interesses. So soll die Untersuchung auch einen Beitrag zur besseren Bestimmung der ideen- und bewusstseinsgeschichtlichen Rolle des Moskauer Reichs im Europa an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit leisten.

Das Denken im Moskauer Zartum war seit dem Ende des 15. Jhs. von christlicher Endzeiterwartung geprägt, aus der sich die von den herrschenden Moskauer Eliten propagierte offizielle Kriegsideologie ableitet, die durch eine massive sakrale Überhöhung der durch den Moskauer Herrscher geführten Kriege gekennzeichnet ist: Der einzige souveräne orthodoxe Herrscher verstand sich als Werkzeug Gottes im kosmischen Kampf zwischen Gott und dessen Widersacher, wobei die von Gott dem Moskauer Herrscher gestellte Aufgabe darin gesehen wurde, sein Territorium bis zum Anbruch des Jüngsten Gerichts maximal auszuweiten und alle internen Gegner als gegen den Willen Gottes Aufbegehrende zu vernichten. Dieses Kriegverständnis stellt im untersuchten Zeitraum das zentrale Element des Wandels im Moskauer Kriegsbild dar.

Aus den Arbeitsbereichen



https://fiv.sydneyplus.com/FIVDBI/Portal/soi_de.aspx?lang=de-DE

Förderung: DFG

Laufzeit: März 2013 – Februar 2015

Projektleiter am IOS: Ulf Brunnbauer, Hermann

Beyer-Thoma, Tillmann Tegeler

Projektmitarbeiter: Hans Bauer



Reinhard Frötschner



Das Bild des Krieges
im Moskauer Zar-
tum unter Ivan IV.



Siliziumwerk in Karaganda

Förderung: Volkswagen-Stiftung

Laufzeit: Juli – August 2014

Organisation: Wolfgang Buchholz (Universität
Regensburg), Miriam Frey, Ekaterina Selezneva,
Manuela Troschke

Dieser vollzog sich ganz in dem vom traditionellen Denken vorgegebenen Rahmen. Die ‚starina‘, die dem göttlichen Willen entsprechende Tradition, wird als Handlungsmaßstab nicht in Frage gestellt. Vielmehr ändert sich durch die ersten erfolgreichen Expansionskriege die starina: Das Neue wird Teil der Tradition und damit selbst zum verbindlichen Handlungsmaßstab. Während somit das politische Denken in der Moskauer Führung im Wesentlichen an der Vergangenheit orientiert blieb, finden sich zugleich aber auch erste Hinweise darauf, dass territoriale Expansion aus Gründen der reinen Staatsräson gefordert wird. Dies legt den Schluss nahe, dass das Moskauer Reich unter Zar Ivan IV. durchaus vom gedanklichen Austausch im lateinischen Teil Europas in jener Zeit nicht ausgeschlossen war.

Arbeitsbereich Ökonomie

VW Summer School „Environmental Economics for the Central Asia and Caucasus (CAC) Region – Foundations and First Empirical Applications“

Die Bilder vom ausgetrockneten Aral-See und den Schiffen, die jetzt in einer Sandwüste liegen statt auf dem Wasser, sind um die Welt gegangen. Bekannt sind auch die Atomversuche in der kasachischen Wüste und die resultierende Verstrahlung von Mensch, Tier und Natur. Der sorglose, ja sträfliche Umgang mit natürlichen Ressourcen gehört in der Region jedoch keinesfalls der Vergangenheit an. Privatisierung und Öffnung des Außenhandels haben die Umweltprobleme in den ehemaligen Sowjetrepubliken eher noch verschärft, denn Länder mit niedrigen oder leicht zu umgehenden Umweltstandards sind entsprechend attraktiv als Standorte für ‚dirty production‘ oder extensive Landwirtschaft.

Da die Kosten von Ressourcenverschwendung und Umweltschädigung nicht in unternehmerisches Entscheidungskalkül eingehen, muss der Staat regulierend eingreifen. Will er dies tun, muss er aber die richtigen Instrumentarien nutzen, und er muss sie so nutzen, dass sie in jedem spezifischen Fall auch richtig wirken. Die von der Sowjetunion ererbten und noch immer angewendeten Mechanismen passen nicht mehr in die veränderte Welt der Marktwirtschaft. Die Universitäten der Region bilden aber keine Ökonomen aus, welche Umweltökonomie als eine Disziplin der Volkswirtschaftslehre und ihrer Methoden erlernen und neue Mechanismen empfehlen könnten. Umweltregulierung wird von internationalen Organisationen und Beratern „gemacht“ und bleibt ein fremdartiges Importgut, dem man kritisch gegenübersteht und das nicht immer in die lokale Realität passt.

Diesem Umstand trägt die von der Volkswagen-Stiftung finanzierte zweiwöchige Sommerschule Rechnung. Sie wurde von Manuela Troschke initiiert und wird in Kooperation mit Lehrpersonal von der Universität Regensburg durchgeführt; weitere Lehrende vom IOS sind Miriam Frey und Ekaterina Selezneva. Die Schule bietet jungen WissenschaftlerInnen aus der Region, welche ein eigenes Forschungsprojekt im Umweltbereich haben, einen Einstieg in die Gedankenwelt der Umweltökonomie sowie eine Demonstration der Methoden, mit welchen Umweltökonominnen arbeiten. Durchführungsort ist Karaganda in Kasachstan – die Stadt mit dem größten Stahlwerk und der dritthöchsten Luftverschmutzung des Landes.

Aus den Publikationen



Publikationen des IOS von April bis Juni 2014

Neue Reihe IOS „Policy Issues“

Mit den „Policy Issues“ führt das IOS die eingestellte Reihe „Policy Issues Online“ fort. Die IOS „Policy Issues“ bereiten Forschungsergebnisse des Institutes in prägnanter und verständlicher Form auf und leisten einen Beitrag zur Politikgestaltung.

Nr. 1: Manuela Troschke and Florian Wittmann, Inside Oligarchs versus Outside India: Technical (non)progress and environmental effects in Post-Soviet Steel, 6 S., März 2014.

Nr. 2: Michael Knogler, Poverty and social exclusion in Central, Eastern and South-Eastern European Member States, 6 S., Mai 2014.

Nr. 3: Ksenia Gatskova, Can increasing religiosity foster democratization in Ukraine?, 6 S. Juni 2014.

Working Papers

Nr. 339: Ewa Dabrowska and Joachim Zweynert, Economic Ideas and Institutional Change: The Case of the Russian Stabilisation Fund, 37 S., April 2014.

Nr. 340: Katharina Eck and Stephan Huber, Product Sophistication and Spillovers from Foreign Direct Investment, 37 S., Mai 2014.

Nr. 341: Roman Horváth and Ayaz Zeynalov, The Natural Resource Curse in Post-Soviet Countries: The Role of Institutions and Trade Policies Investment, 18 S., Juni 2014.

Zeitschrift „Economic Systems“

Das Juni-Heft 2014 enthält neben vier regulären Artikeln ein Symposium zur „Performance of Financial Markets“, unter der Gastherausgeberschaft von Paresh Kumar Narayan (Deakin University, Melbourne, Australien). In Zeiten der Finanzkrise besonders relevant sind Fragen nach Gemeinsamkeiten und Übertragungen von Risiken. Die Symposiumsbeiträge zu diesen Themen befassen sich insbesondere mit Beziehungen zwischen südamerikanischen Bondmärkten und Übertragungsmechanismen zwischen Aktienmärkten von OECD-Ländern und emerging markets. Zudem finden Autoren starke Gemeinsamkeiten zwischen der Volatilität der Aktienkurse von Firmen und Märkten, die mit der Firmengröße zunehmen. Weitere Papiere befassen sich mit der heterogenen Auswirkung der Ankündigung der Lehman-Pleite auf sektorale Indices von Aktienkursen bzw. mit formalen (least squares) Lernprozessen professioneller Zinsvoraussagen.

Themenheft der Jahrbücher: „Katastrophen im östlichen Europa“

Heft 2/2014 wird von Klaus Gestwa (Tübingen) und Marc Elie (Paris) herausgegeben und erschließt für die historische Osteuropaforschung ein neues, aktuell diskutiertes Thema: Zwei Beiträge behandeln Überschwemmungen, zwei untersuchen Hungersnöte und einer ist einem Erdbeben gewidmet. Ein umfangreicher Forschungsbericht der Herausgeber führt in die Thematik ein. Das Heft erschien Ende Juni 2014.

Zeitschrift „Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft“

Anfang Juni erschien Heft 1, 2014. Die Ausgabe ist thematisch offen und enthält einen Aufsatz zu den Bemühungen um eine Verfassungsreform in Bosnien und Herzegowina (Dominik Tolksdorf), eine albanisch-makedonische Sicht auf die Implementierung des Abkommens von Ohrid, das 2001 den gewaltsamen Konflikt zwischen albanischen und slawischen Makedoniern beendete (Blerim Reka), eine Analyse von Perspektiven auf ethnische Konflikte in Rumänien (Sergiu Gherghina) sowie einen Aufsatz zu post-jugoslawischen Realitäten anhand der Lebenswege einst international bekannter Sportlerpersönlichkeiten (Vjekoslav Perica).

Gastwissenschaftler/innen am IOS von April bis Mitte Juni 2014

Damian Panaitescu

University of Bucharest, Romania. Forschungsthema: Decision-making and Fiscal Change in an Ottoman periphery: Wallachia during 1774 and 1830. Zeitraum: 3. – 17. April 2014

Leonid Polishchuk

Laboratory Head and Professor of Applied Analysis of Institutions and Social Capital at the Higher School of Economics, Moscow. Forschungsthema: The Impact of War on Social Capital. Zeitraum: 12. – 28. Mai 2014



Gäste am IOS



Damian Panaitescu

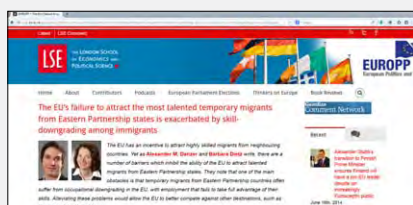


Leonid Polishchuk



Béla Tomka

Publikationen der Mitarbeiter



Béla Tomka

Stipendiat der Alexander von Humboldt Stiftung. Department of History, University of Szeged, Hungary. Forschungsthema: Social and economic history of 20th century Hungary and Europe; comparative history of economic growth, consumption and the quality of life in East Central Europe. Zeitraum: 1. Juni bis 31. August 2014

Externe Publikationen von April bis Juni 2014

Katrin Boeckh

- Russkaja ėmigracija v period Vejmarksoj Respubliki i ee otnošenija s Katoličeskoj cerkov'ju (1918 – 1939gg.) [Die russische Emigration in der Weimarer Republik und ihre Beziehungen zur katholischen Kirche 1918 – 1939], in: Rossija i Vatikan. Vyp. 3. Russkaja ėmigracija v Evrope i Katoličeskaja cerkov' meždumja mirovymi vojnami. Pod red. E. S. Tokarevoj, A. V. Judina. Moskva 2014, S. 201–214.
- Deportacje w Związku Sowieckim jako stalinowski instrument terroru. Nowe badania [Deportationen in der Sowjetunion als stalinistisches Terrorinstrument. Neue Forschungen] in: Deportacja mieszkańców Górnego Śląska do obozów pracy przymusowej w Związku Sowieckim w 1945 roku. Faktografia konteksty – pamięć. Pod red. Sebastiana Rosenbauma i Dariusza Węgrzyna. Katowice 2014, S. 18 – 43.

Ulf Brunnbauer

- 1914/2014 – Schlachtfeld der Erinnerung / Erinnerung des Schlachtfelds. In: Goethe-Institut (Hrsg.): Erinnerungen. Südost. Europa. URL: <http://www.goethe.de/ins/gr/lp/prj/eri/sch/de12400858.htm>

Barbara Dietz

- (gemeinsam mit Alexander M. Danzer) The EU's failure to attract the most talented migrants from Eastern Partnership states is exacerbated by skill downgrading among immigrants, London School of Economics' EUROPP blog, URL: <http://bit.ly/SIYkvY>

Trude Maurer

- Der Krieg der Professoren. Russische Antworten auf den Deutschen Aufruf An die Kulturwelt, in: J. von Ungern-Sternberg und W. von Ungern-Sternberg (Hrsg.). Der Aufruf „An die Kulturwelt!“ Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg. 2., erw. Aufl. Frankfurt: Lang, 2013, S. 163 – 201.
- Sосу́ществование і сотру́дні́цтво: Поліетні́чеський Юр'євський університет во в́рем'я Пер́шої міро́вої во́йни [Koexistenz und Kooperation. Die multiethnische Universität Jur'ev im Ersten Weltkrieg], in: V. N. Skvorcov (Hrsg.). Vojna i povsednevnaja žizn' naselenija Rossii XVII–XX vv. (K stoletiju načala Pervoj mirovoj vojny). Materialy meždunarodnoj konferencii 14–16 marta 2014. Sankt-Peterburg: Leningradskij Gosudarstvennyj Universitet imeni A. S. Puškina, 2014, S. 427–434.
- Fern der Front und fern vom „Volk: Die Verteidigung der Heimat“ durch Studenten und Professoren des Russischen Reiches, in: Stefan Karner und Philipp Lesiak (Hrsg.), Erster Weltkrieg. Globaler Konflikt – lokale Folgen. Neue Perspektiven. Innsbruck u. a.: StudienVerlag, 2014, S. 247–270.

Sabine Rutar:

- Il confine nordorientale. Temi e prospettive nella storiografia recente. Discussione con Pamela Ballinger, Monica Rebeschini, Gaetano Dato, Emilio Cocco e Rolf Wörsdörfer, Rubrik „Discussione“ in Memoria e Ricerca 12 n. s./45 (2014), Themenheft „Spazio e misura. Modelli, tecniche e rappresentazioni“, S. 101–125.

- Prospettive di una storiografia traduttiva sulla regione adriatica nordorientale: note introduttive, in: Sabine Rutar (Koord.), Il confine nordorientale. Temi e prospettive nella storiografia recente. Discussione con Pamela Ballinger, Monica Rebeschini, Gaetano Dato, Emilio Cocco e Rolf Wörsdörfer, Rubrik in Memoria e Ricerca 12 n. s./45 (2014), Themenheft „Spazio e misura. Modelli, tecniche e rappresentazioni“, S. 101–104.

Tagungen und Workshops des IOS von April bis Mitte Juni 2014

Podiumsdiskussion „Ukraine zwischen Krieg und Frieden“, 19. März 2014 im WiOS in Regensburg

Am 19. März 2014 veranstalteten IOS und Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien eine Podiumsdiskussion zur aktuellen Situation in der Ukraine. Die TeilnehmerInnen am Podium waren Maxim Gatskov (BAYHOST, Regensburg), Wilfried Jilge (GWZO, Leipzig), Walter Koschmal (Universität Regensburg), Manuela Troschke (IOS); moderiert wurde die Diskussion von Thomas Muggenthaler (Bayerischer Rundfunk, Regensburg). Zu den wesentlichen Diskussionsthemen gehörte die Hervorhebung der Bedeutung der ideologischen Fundierung der expansionistischen Politik des Kremls, wo Präsident Putin und seine engsten Berater ihr Heil angesichts wachsender ökonomischer Probleme in einem großrussischen Nationalismus, gepaart mit Sowjetnostalgie, zu suchen scheinen. Betont wurden auch die strukturellen Schwierigkeiten der Ukraine angesichts einer weitgehend desavouierten politischen Elite, grassierender Korruption, existierender gesellschaftlicher Spannungen sowie eines massiven ökonomischen Reformbedarfs. Zudem beklagte das Podium die Vernachlässigung der Ukraine-Expertise in Deutschland.

Vortrag von Thomas Brey (DPA Belgrad): „Serbien als zentrales Land auf der westlichen Balkanhalbinsel – Eine Nabelschau“, 6. Mai 2014 im WiOS in Regensburg

Serbien ist mit vielen Problemen auf dem Balkan verwoben. Nur ein Ausgleich mit Kroatien kann langfristig dort Stabilität bringen. Doch die Aufarbeitung der Kriegsvergangenheit, die Rückkehr der serbischen Flüchtlinge und die gegenseitigen Völkermordklagen vor dem IGH stehen dem entgegen. In Bosnien-Herzegowina können die stets mit Sezession drohenden serbischen Landsleute nicht wirklich etwas unternehmen ohne das Mutterland. In Montenegro betrachtet sich die Hälfte der Bevölkerung als Serben. Mit Mazedonien gibt es nicht nur den Kirchenstreit zu lösen. Bei der Lösung dieser außenpolitischen Aufgaben wird Serbien jedoch durch seine innere Instabilität behindert, die durch einen immensen Reformstau hervorgerufen wird.

Der Vortrag fand im Rahmen der Vortragsreihe „Regensburger Vorträge zum östlichen Europa“ und in Kooperation mit der Südosteuropa-Gesellschaft (Zweigstelle Regensburg) und der Graduiertenschule (im Rahmen des Forum-Moduls) statt.

Vortrag von Leonid Polishchuk (Higher School of Economics, Moscow): „Value shifts in the Russian society: Causes, patterns, and political implications“, 21. Mai 2014 im WiOS in Regensburg

Der abrupten Wende nach dem Kollaps des Kommunismus folgten langsamere aber genauso nachhaltig wirksame Entwicklungen in der Russischen Gesellschaft. Leonid Polishchuk (Higher School of Economics, Moskau) analysierte in seinem Vortrag diese Änderungen normativer Werthaltungen und deren Wirksamkeit in der russischen Politik. Insb. machte er darauf aufmerksam, dass die jüngsten Interventionen der russischen Regierung in der Ukraine die Zustimmungswerte sowohl von Präsident Putin als auch von Ministerpräsident Medwedew steil ansteigen ließen. Insofern kann diese expansionistische Politik aus einer innenpolitischen Perspektive als Substitut für die ausbleibenden Erfolge bei der nachhaltigen Verbesserung der ökonomischen Situation gesehen werden. Letzteres war in Putins ersten beiden Amtszeiten das zentrale Fundament für dessen Popularität.

Veranstaltungen



<http://www.youtube.com/watch?v=y0fvvFXbd4>

Zeit: 19. März 2014

Ort: Regensburg

Organisation: IOS, Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien



Zeit: 6. Mai 2014

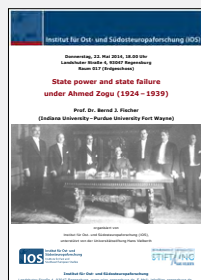
Ort: Regensburg

Organisation: IOS, Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien, Südosteuropa-Gesellschaft

Zeit: 21. Mai 2014

Ort: Regensburg

Organisation: IOS



Zeit: 22. Mai 2014
Ort: Regensburg
Organisation: IOS



Zeit: 23. Mai 2014
Ort: Regensburg
Organisation: Edwin Pezo (IOS)



Zeit: 4. Juni 2014
Ort: Regensburg
Organisation: IOS, Graduiertenschule



Vortrag von Bernd J. Fischer: „State power and state failure under Ahmed Zogu (1924–1939)“, 22. Mai 2014 im WiOS in Regensburg

Albanien der Zwischenkriegszeit ist unweigerlich mit dem Namen Ahmed Zogu verbunden. Wie kaum ein anderer albanischer Politiker hat er die Geschicke dieses jungen Landes über weit mehr als ein Jahrzehnt bestimmt. Welche politischen Strategien er in dieser Zeit verfolgte, welches Staatsverständnis er vertrat, wie er auf die Institutionenbildung im Lande Einfluss nahm und mit welchem Misstrauen er anderen albanischen Politikern begegnete, thematisierte Bernd J. Fischer in seinem Vortrag. Dabei problematisierte er das Gefüge von autoritärer Herrschaft und institutioneller Staatsbildung unter Berücksichtigung der Einflussphären, die Enver Hoxha unterstanden.

Der Vortrag wurde von der Universitätsstiftung Hans Vielberth unterstützt.

Workshop „Personale versus institutionelle Herrschaft im Sozialismus. Kontinuitäten und Brüche in einem spannungsreichen Verhältnis“, 23. Mai 2014 im WiOS in Regensburg

Fragen nach Herrschaftspraktiken und Staatlichkeit, nach der Fähigkeit verbindliche Regeln zu setzen und durchzusetzen und diese in ein institutionelles Gefüge einzubetten, waren und sind auch heute noch für Ost- und Südosteuropa von anhaltend großer Bedeutung.

Ziel des Workshops war es nun, den Begriff der Herrschaft mit Blick auf den Sozialismus zu thematisieren und das Spannungsverhältnis von personaler zu institutioneller Herrschaft zu problematisieren. Diesem Problemfeld widmeten sich die Gäste Martin Brusi (LMU München), Bernd J. Fischer (Indiana University), Isabel Ströhle (Uni Regensburg) und Daniel Ursprung (Uni Zürich), indem sie theoretische Forschungsansätze der Politik- und Kulturwissenschaft diskutierten und am Beispiel ausgewählter Herrscherfiguren und Institutionen die Gestaltungsmöglichkeiten und personalen Einflüsse im institutionellen Gefüge des Realsozialismus ausloteten. Dabei steckten sie Formen und Besonderheiten institutionalisierter und personaler Herrschaft ab und grenzten Handlungsspielräume der Akteure ein. Insgesamt gelang ihnen in sehr anregenden Diskussionen, die in der Region auszumachenden disparaten Herrschaftsmuster aufzuzeigen wie auch die vorhandenen Kontinuitäten und Brüche offenzulegen.

Der Vortrag wurde von der Universitätsstiftung Hans Vielberth unterstützt.

Vortrag von Kerstin Susanne Jobst (Universität Wien, Institut für Osteuropäische Geschichte): „Wie die Krim ‚russisch‘ wurde ... Über die Strategien der Aneignung eines kolonialen Erwerbs“, 4. Juni 2014 im WiOS in Regensburg

Im März 2014 annektierte Russland in einem völkerrechtswidrigen Akt die Halbinsel Krim, die ukrainisches Staatsgebiet ist. Der Vortrag von Kerstin Susanne Jobst hat verdeutlicht, warum die Ansicht, bei der Krim handle es sich um genuin russisches Territorium, in Russland weitgehend Konsens ist. Die Krim, einst ein Vasallenstaat der Osmanen, wurde nach 1774 ins russische Zarenreich integriert. Damit setzte ein Prozess der kulturellen Aneignung ein, der vielfach kolonialistische Züge annahm. Welche diskursiven und politischen Strategien dabei zur Anwendung kamen, welche Bilder der Krim in Russland entworfen wurden, hat der Vortrag beleuchtet.

Der Vortrag fand im Rahmen der Vortragsreihe „Regensburger Vorträge zum Östlichen Europa“ und in Kooperation mit der Südosteuropa-Gesellschaft (Zweigstelle Regensburg) und der Graduiertenschule (im Rahmen des Forum-Moduls) statt.

6. IOS/APB/EACES Summer Academy, 4. bis 6. Juni 2013 in Tutzing

Vom 4. bis 6. Juni 2014 fand die sechste IOS/APB/EACES Summer Academy in Tutzing statt, die vom IOS in Kooperation mit der Akademie für Politische Bildung Tutzing, und der European Association for Comparative Economic Studies veranstaltet wurde. Seitens des IOS wurde die Summer Academy von Jürgen Jerger und Ekaterina Selezneva organisiert. Die Tagung widmete sich dem Thema „Poverty,

Social Exclusion, and Income Inequality Dynamics in Central and Eastern Europe“. Als keynote speakers konnten Stephan Klasen von der Georg-August-Universität Göttingen, Cristiano Perugini von der Universität Perugia und Philippe Van Kerm vom CEPS/INSTEAD gewonnen werden. Im Rahmen der Summer Academy wurde zum dritten Mal der „Hans Raupach Best Paper Award“ vergeben. Das ausgezeichnete Paper von Gerhard Toews von der Universität Oxford beschäftigt sich mit dem Thema „Macroeconomics of natural resource booms: evidence from Kazakhstan“.

Zukünftige Veranstaltungen des IOS

2. IOS-Jahreskonferenz „Labour in East and Southeast Europe: Institutions and Practices Between Formality and Informality“, 26. bis 28. Juni 2014 im WiOS, Regensburg

Die zweite IOS Jahreskonferenz wird sich dem Thema der formellen und informellen Arbeit in Ost- und Südosteuropa widmen. Zur Teilnahme an der Konferenz sind sowohl Geistes- als auch Sozialwissenschaftler eingeladen, deren Forschungsthemen vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart reichen. Als keynote speakers sprechen Donald Filtzer (University of East London) und Hartmut Lehmann (Universität Bologna, IZA Bonn).

Vortrag von Gregor Mayer (dpa Budapest): „Attentat in Sarajevo – wie Mittelschüler einen Weltkrieg entzündeten“, 1. Juli 2014 im Ostlesesaal der Bayerischen Staatsbibliothek in München

Dieser Vortrag findet im Rahmen der Eröffnung der Ausstellung „Das Verbrechen von Sarajewo – öffentliche Wahrnehmungen des Attentats auf Erzherzog Franz Ferdinand am 28.6.1914“ statt. Er wird von der Bayerischen Staatsbibliothek in Kooperation mit dem IOS veranstaltet. Der Eintritt ist frei.

Fellowships und Auszeichnungen

Ulf Brunnbauer in wissenschaftlichen Beirat berufen

Ulf Brunnbauer wurde zum Mitglied des neu formierten wissenschaftlichen Beirats des Kroatischen Instituts für Geschichte (Hrvatski institut za povijest, Zagreb) ernannt.

Peter Mario Kreuter zum 2. Vizepräsidenten des Balkanromanistenverbandes gewählt

Peter Mario Kreuter wurde am 30. Mai 2014 auf dem XI. Balkanromanistentag (Münster, 29.–31.5.2014) erneut zum 2. Vizepräsidenten des Balkanromanistenverbandes e.V. gewählt.

Marie-Curie-Fellowship von Eszter Varsa

Am 2. Mai 2014 startete das erste Marie-Curie-Fellowship der EU am IOS: Eszter Varsa aus Budapest, die bereits seit Herbst 2013 als DAAD Stipendiatin am IOS geforscht hat, begann ihr Postdoc-Projekt „Health, hygiene and Romani assimilation in Austria and Hungary from an intersectional perspective, 1950s–1980“. Eszter Varsa hat an der CEU Budapest in „Comparative Gender Studies“ promoviert.

David Martineau als intern am IOS

Anfang Mai konnte das IOS den ersten intern im Rahmen seiner Kooperationsvereinbarung mit der Munk School of Global Affairs der Universität Toronto begrüßen: David Martineau wird für drei Monate das Institut verstärken. Es ist geplant, dass regelmäßige Praktikanten und Praktikantinnen aus Toronto im Rahmen ihres Masterprogramms an der Munk School für drei Monate ans IOS kommen.

Zeit: 4. – 6. Juni 2014

Ort: Tutzing

Organisation: IOS, Akademie für politische Bildung Tutzing, European Association for Comparative Economic Studies (EACES)

Verantwortlich: Ekaterina Selezneva, Jürgen Jerger, Wolfgang Quaisser

Ankündigungen



Zeit: 26. – 28. Juni 2014

Ort: Regensburg, IOS

Organisation: Ksenija Gatskova, Stefano Petrungaro
Arbeitsprache: Englisch



Zeit: 1. Juli 2014, 19.00 Uhr

Ort: München, BSB

Organisation: BSB, IOS

Personen



<http://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/>



<http://munkschool.utoronto.ca/mga/>



11. ISORECEA-Konferenz in Kaunas


<http://www.mbf-eu.info/home>


Katrin Boeckh in Ljubljana



IOS-Mitarbeiter in Wien

Impressum

Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Landshuter Straße 4
Tel.: 0941 5410
Fax: 0941 5427
E-Mail: info@ios-regensburg.de
<http://www.ios-regensburg.de>
V.i.S.d.P.: Ulf Brunnbauer und Jürgen Jerger
Redaktion: Kseniia Gatskova und Miriam Frey



Ausgewählte Vorträge

11th ISORECEA Conference

An der 11. Konferenz der International Study of Religion in Eastern and Central Europe Association (ISORECEA) in Kaunas/Litauen beteiligte sich das IOS mit einem interdisziplinären Panel zum Thema „Religion and Religiosity in Ukraine and Russia: Institutions, Ideology, and Values“. Vertreten waren Katrin Boeckh (Vorsitz) mit einem Vortrag über die Metamorphose staatlicher Kirchenpolitik in der Ukraine 1918–2014 und Ksenija Gatskova mit einer Studie über religiöse Ansichten und politische Einstellungen in der Ukraine und Russland. Miriam Frey referierte über den Einfluss einer religiösen Umgebung auf die Bedeutung von Werten und Normen in der Ukraine, und Olga Popova sowie Ekaterina Selezneva stellten Einkommensungleichgewichte in Russland und der Ukraine in einen Zusammenhang mit individueller Religiosität.

Gefördert wurde die Teilnahme durch eine Mobilitätsbeihilfe von BAYHOST.

Alexander Ioan Cuza Universität, Iași, Rumänien

Jürgen Jerger erhielt eine Einladung für eine keynote address im Rahmen der Konferenz „Monetary, banking, and financial issues in Central and Eastern EU member countries: How can Central and Eastern EU members overcome the current economic crisis?“ an der traditionsreichen Alexander Ioan Cuza Universität in Iași, Rumänien. Am 10. April 2014 referierte er dort zu dem Thema „The Euro crisis and financial market (dis-) integration“.

AcadEU Ljubljana

Katrin Boeckh erhielt eine Einladung als keynote speaker für eine öffentliche Podiumsveranstaltung an der Universität von Ljubljana, die von AcadEU am 16. Mai 2014 durchgeführt wurde. Sie referierte dabei über das Thema „The EU, the History of Post-YU Space, and the Prospects for a Better Future“.

Programm siehe: http://www.acadeu.eu/ngo_roundtable_programme.php#roundtable2

ESSHC

Der Arbeitsbereich Geschichte war an der Tagung der „European Social Science History Conference“ (ESSHC) in Wien, 23.–26. April 2014, mit fünf Vorträgen vertreten. Ulf Brunnbauer, Visar Nonaj, Stefano Petrungaro, Sabine Rutar und Eszter Varsa referierten und kommentierten in den Panels: „Health, Ethnicity and Gender in Twentieth Century Eastern Europe“, „Iron Curtain Crossings: Cold War Cultural Encounters between East and West“, „Labor Relations, Recruitment and Risk in Eastern Europe“, „Shifting Boundaries between State and Society: Organizing the State, Representing Labour, Protecting Society“, „Bringing Eastern Europe into Global Labor History“.

Programm siehe: <https://esshc.socialhistory.org/esshc-user/program/>